

Studie zu Eingriffen in die Tarifautonomie in den "Krisenländern" erschienen

11.08.2015 14:35:00

Neue Impulse zur Debatte um Sparauflagen für Griechenland und andere Krisenländer gibt ein gerade in der Schriftenreihe des [Hugo-Sinzheimer-Instituts für Arbeitsrecht](#) erschienenes Gutachten.

Die Untersuchung wurde von Rechtsanwalt Dr. Raphaël Callsen mitverfasst und trägt den Titel „Kollektive soziale Rechte unter dem Druck der Währungsunion – Schutz durch Art. 28 EU-Grundrechtecharta?“

Ausgehend von einer fundierten Darstellung der krisenpolitischen Agenda der Europäischen Union, die sich wesentlich auf eine produktivitätsorientierte Flexibilisierung der Lohnkosten orientiert, zeigen die Autoren, an welchen Stellen es in den Krisenländern durch die Vorgaben der Union zu Eingriffen in die Tarifautonomie kam. Diese Maßnahmen werden im Lichte des Art. 28 der Europäischen Grundrechtecharta untersucht. Es wird nachgewiesen, dass einige der Eingriffe, insbesondere wegen Verstoßes gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, rechtswidrig sind. Diese Feststellung wird zugleich mit verschiedenen Rechtsschutzoptionen unterlegt.

Den vollständigen Text können Sie [beim Bund-Verlag bestellen](#) oder auf den Seiten des Hugo-Sinzheimer-Instituts für Arbeitsrecht [abrufen](#).